



Dr. Karsten Neuhoff ist Leiter der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin

## FÜNF FRAGEN AN KARSTEN NEUHOFF

# »Vergünstigungen bei der Ökosteuer: Für Unternehmen muss klar sein, wo es hingehet«

1. Herr Neuhoff, 1999 wurde die sogenannte Ökosteuer eingeführt. Dabei wurden bestimmten Unternehmen Steuerbegünstigungen eingeräumt, die jedoch an eine Selbstverpflichtungserklärung der Industrie geknüpft sind. Warum sollen diese Bedingungen jetzt geändert werden? Die Selbstverpflichtungserklärung der Industrie läuft Ende dieses Jahres aus, deswegen muss ein neuer Rahmen geschaffen werden. Es hat sich gezeigt, dass diese Selbstverpflichtungserklärung nicht besonders wirkungsvoll war. Dadurch, dass alle Unternehmen einer Branche sich gemeinsam verpflichten, ein gemeinsames Ziel zu erreichen, ist eigentlich kein richtiger Anreiz für ein individuelles Unternehmen der Branche gegeben, dieses Ziel zu erreichen. Denn wie können die anderen Unternehmen das jeweilige einzelne Unternehmen bestrafen, wenn es nicht seinen Beitrag leistet?
2. Die Steuerbegünstigungen wirken dem Ziel, energieeffizienter zu wirtschaften, eigentlich entgegen. Warum hält die Bundesregierung dennoch an den Ausnahmen zur Ökosteuer fest? Es war eine politische Entscheidung, dass allen Unternehmen weiterhin diese Vergünstigungen gewährt werden sollen. Das ist sicherlich in vielen Bereichen in Frage zu stellen. In unserer Studie haben wir geprüft, inwieweit zumindest angemessene Gegenleistungen von den Unternehmen gefordert werden können, um ein Minimum an Energieeffizienzverbesserung dennoch zu erreichen.
3. Wie sollen diese Gegenleistungen aussehen? Für Unternehmen, die eine sehr starke Reduktion der Ökosteuer bekommen, werden zwei Komponenten verlangt. Zum einen müssen sie ein Energiemanagementsystem einführen. Mit diesem System sollen sie erfassen, wo Einsparmöglichkeiten sind, und es wird sichergestellt, dass in den Entscheidungsprozessen auch die Energieeffizienz berücksichtigt wird. Als zweites müssen sie mit einer schrittweisen Einführung jährliche Energieeffizienz-

verbesserungsziele erreichen und nachweisen. Nur wenn beide Komponenten von den Unternehmen umgesetzt werden, werden sie die Steuerreduktion auch in Zukunft bekommen.

4. Wie beurteilen Sie diese Vorschläge? Wir haben im Rahmen dieser Studie vier Optionen aufgezeigt, wie solche Gegenleistungen formuliert werden können. Dabei sind zwei Optionen direkt vom Tisch gefallen: eine Weiterführung der Selbstverpflichtung oder ein reiner Indikator für Energieeffizienz, der unserer Meinung nach nicht wirkungsvoll ist. Die Option, die jetzt vorgeschlagen wird, entspricht einem Vorschlag, den wir im Allgemeinen sehr positiv bewerten. Allerdings haben wir zusammen mit ISI Fraunhofer berechnet, dass die Einsparpotentiale in verschiedenen Branchen unterschiedlich sind. Der Vorschlag der Bundesregierung sieht jetzt jedoch vor, dass für alle Branchen ein einheitliches Einsparziel gesetzt wird. Das ist für die Implementierung sicherlich einfacher, es geht damit aber auch eine gewisse Reduktion des Zielanspruchs einher. Es bleibt zudem die Frage, wieso das Energiemanagementsystem nicht von allen Unternehmen verlangt wird, die einen reduzierten Steuersatz bekommen, sondern nur von den Unternehmen, denen eine sehr starke Reduktion gewährt wird.
5. Wäre der Anreiz, energieeffizient zu produzieren, nicht größer, wenn die Betriebe den vollen Ökosteuersatz zu zahlen hätten? Internationale Studien haben gezeigt, dass Länder, in denen Energiepreise höher sind, sehr viel energieeffizienter sind. Daraus kann man schließen, dass eine Erhöhung der Energiepreise nicht zu einer Erhöhung der Energiekosten führen muss, sondern zu einer Verbesserung der Energieeffizienz beiträgt. Wichtig ist, dass für Unternehmen von vornherein klar ist, wo es hingehet. Das ist sicherlich die nächste Aufgabe für die deutsche Bundesregierung.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
79. Jahrgang  
7. März 2012

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Susanne Marcus  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Lana Stille

#### Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake  
Dr. Stefan Bach

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
Susanne Marcus  
Tel. +49-30-89789-250  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Jahresabo zum Vorzugspreis:** Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

**Studenten-Abo:** Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

**Probe-Abo:** Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.  
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:  
Telefon (030) 89789-245  
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements  
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

## RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

### „Zur Entwicklung der Industrie der Bundesrepublik

Bei der gegenläufigen Entwicklung der Produktionskosten und der Gewinne der Westdeutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie verdienen die in neuer Zeit angestellten Erwägungen, ob und inwieweit der derzeitige scharfe Wettbewerb zwischen der Mineralölverarbeitung und dem Kohlenbergbau einzuschränken sei, besondere Beachtung. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit einer Wirtschaftspolitik, die einzelne Wirtschaftszweige zu konservieren versucht, ist es zunächst überhaupt fraglich, ob die Schutzmaßnahmen den erhofften Erfolg haben oder ob nicht nur die Krisenlage der geschützten Zweige ad infinitum verlängert wird.

Daher besteht die Sorge wohl zu Recht, daß die Unternehmensleitungen des westdeutschen Steinkohlenbergbaus ihre in den letzten Jahren mit so großem Erfolg durchgeführten Bemühungen, die Förderung zu rationalisieren, womöglich nicht mehr mit der gleichen Energie verfolgen könnten, wenn die Steinkohle – sei es durch das Mittel der Heizölkontingentierung oder durch andere Maßnahmen – vom Wettbewerbsdruck weitgehend entlastet würde. Da die Zeiten nationaler Energiepolitik in Europa in einigen Jahren beendet sein werden und der deutsche Steinkohlenbergbau sich auf die Dauer einzig und allein durch seine ökonomische Leistungsfähigkeit wird behaupten können, sollte sein zukünftiger Bestand nicht um kurzfristiger – noch dazu fragwürdiger – Vorteile willen gefährdet werden.

So unsicher es ist, ob Schutzmaßnahmen der Kohle auf die Dauer überhaupt nützen, so sicher ist es, daß sie das Energiepreinsniveau in die Höhe treiben und damit die Wettbewerbslage der westdeutschen Wirtschaft in einer nicht gerade unkritischen Phase ihrer Entwicklung verschlechtern würden.

Wochenbericht Nr. 10 vom 9. März 1962